

SPD-Fraktion
Fraktion DIE LINKE
Piraten-Gruppe
Gruppe DEINE FREUNDE
Einzelmandatsträger Walter Wortmann, Freie Wähler

An die Oberbürgermeisterin
Frau Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 09.05.2016

AN/0870/2016

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

| Gremium | Datum der Sitzung |
|---------|-------------------|
| Rat | 10.05.2016 |

Änderungsantrag zu TOP 10.12. „Einrichtung einer Ombudsstelle für Flüchtlinge,,

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Änderungsantrag zu TOP 10.12. „Einrichtung einer Ombudsstelle für Flüchtlinge“ auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen:

Beschluss:

Der letzte Absatz der Beschlussvorlage (ab: Die Ombudsstelle soll zunächst befristet ...) soll wie folgt geändert werden:

Die Ombudsstelle soll zunächst befristet bis Ende 2017 eingerichtet werden, um dann auf der Basis der gewonnenen Erfahrungen und der aktuellen Situation über eine Fortführung zu entscheiden.

Besetzt werden soll die Ombudsstelle zunächst im Umfang von zwei Vollzeitstellen mit Fachpersonal aus dem Bereich Soziale Arbeit / Sozialpädagogik, aufgeteilt in vier halbe Stellen, um die Niedrigschwelligkeit durch Geschlechterparität zu erreichen und Vertretungsregelungen zu erleichtern. Die Besetzung erfolgt weiterhin mit einer halben Stelle Verwaltungskraft zur Unterstützung des Geschäftsstellenbetriebes. Die erforderlichen Kosten der Ombudsstelle von max. 178.000,- Euro jährlich werden innerhalb des Teilergebnisplans 1004 Bereitstellung von Wohnraum, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen gedeckt.

Begründung:

Seit 2014 hat sich die Anzahl der Flüchtlinge verdreifacht, und die Anforderungen, Geflüchtete adäquat unterzubringen, sind deutlich erhöht.

Anfang des Jahres hatte die Oberbürgermeisterin Reker den Vorschlag aufgegriffen und in der Mitteilung Ds 0891/2016 vom 11.3.2016 die „Einrichtung einer Ombudsstelle für Flüchtlinge“ angekündigt. Nachdem die Antragsteller in zwei Anträgen in der Ratssitzung am 15. März eine personelle Verstärkung einforderten, beantragt die Verwaltung in der Beschluss-

vorlage Ds 1252/2016 nunmehr 1,5 Stellen mit einem erforderlichen Kostenrahmen von 128.000 Euro.

Da diese Beschlussvorlage die Sitzung des Sozialausschusses als Tischvorlage erreichte, wurde ein Fachgespräch vereinbart und am 3. Mai durchgeführt. Die Verwaltung und Vertreterinnen von CDU, Grüne und FDP lehnten eine Verbesserung des Personalschlüssels ab.

Die Antragsteller halten eine personelle Aufstockung der Ombudsstelle für dringend erforderlich:

- Die geplante unabhängige Ombudsstelle soll nicht nur für Geflüchtete Ansprechpartner sein, sondern auch für „Initiativen, Organisationen und auch einzelne Kölnerinnen und Kölner offen stehen“.
- Der Verwaltungsaufwand der unabhängigen Ombudsstelle ist gerade zu Beginn immens, z.B. was eine genaue Dokumentation der Fälle betrifft.
- Das Land sieht pro Landeseinrichtungen in einer Größenordnung von 500 bis 1000 untergebrachten Geflüchteten 0,5 Stellen Ombudsperson vor, die sich dazu nur um die Geflüchteten kümmert. Auch wenn die Bedingungen unterschiedlich sind, wird deutlich, dass der Personaleinsatz der Stadt Köln schon allein im Vergleich zum Landesstandard zu gering ist.

Die Antragsteller ermutigen die Anstrengungen der Verwaltung, das interne Beschwerdemanagement deutlich zu verbessern und auch eine Koordinationsstelle einzurichten.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Dr. Barbara Lübbecke
SPD-
Fraktionsgeschäftsführerin

gez.
Michael Weisenstein
Fraktionsgeschäftsführer DIE
LINKE

gez.
Thomas Hegenbarth
Piratengruppe

gez.
Thor-Geir Zimmermann
Gruppe DEINE FREUNDE

gez.
Walter Wortmann
Freie Wähler